

Erzgebirgischer Volksfreund

Der „Erzgebirgische Volksfreund“ erscheint wöchentlich
am Sonnabend.

Der Preis für die 34 mm breite Colored-Magazinzeitung im
Gesamtdeckblatt ist 20 Pfennige und Stempelgabe
Postkarten 15, Sonderkarten 25, für die 50 mm breite Voll-
postkarten 20, Sonderkarten 30, für die 60 mm breite
Postkarten 25, Sonderkarten 35, Trichterpostkarten
Postkarten 20, Postkarten 25.

Postleitzahlen: Leipzig Nr. 12222.
Gemeinde-Nr.: Aue, Göltzsch, W. 22.

Tageblatt • enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft und des Bezirksverbandes Schwarzenberg, der Amtsgerichte in Aue (Obwald), Schneeberg, Schwarzenberg und Johanngeorgenstadt, der Stadtteile in Grünbach, Lößnig, Neustadt und Schneeberg, der Finanzämter in Aue und Schwarzenberg.

Es werden außerdem veröffentlicht: Bekanntmachungen der Stadtteile zu Aue und Schwarzenberg.

Verlag G. M. Götzner, Aue, Sachsen.

Jahrespreis: Aue 84 und 91, Lößnig (mit Aue) 440, Schwarzenberg 18, Johanngeorgenstadt 3516. Druckerei: Hoffmann & Söhne.

Kaufpreis: Einzelnummer 10 Pf. am Samstagabend währende des Sommer- und Herbstzeitabschnitts 20 Pf. in den Wintermonaten. Eine Sonder-Nr. für die Reisebüros im Ausland um entsprechendem Tage kostet an bestimmten Orten nicht viel mehr, auch nicht für die Rückfahrt der durch verschiedene Fahrzeuge erzielbaren Rücksicht. — Für Rückfahrt verlangt einzigstes Gütertarif überland die Gleichfahrt keine Orientierung. — Unterdrückung des Gütertarifes begründet keine Rechte. Bei Zollabfertigung und Ankunft gelten Rücksicht als nicht vereinbart. Gesetzgebungsstellen in: Aue, Lößnig, Schneeberg und Schwarzenberg.

Nr. 47.

Mittwoch, den 24. Februar 1932.

85. Jahrg.

Amtliche Anzeigen.

Der Landwirt Karl Themel in Jügel beabsichtigt die Errichtung einer Großviehschlachterei anlage im Grundstück Ortsl. Nr. 4 für Jügel.

Dies wird hiermit gem. § 17 der Reichsgewerbeordnung mit dem Bemerkern zur öffentlichen Kenntnis gebracht, daß Einsprüche gegen diese Anlage, soweit sie nicht auf besonderen Privatrechtsstücken beruhen, binnen 14 Tagen bei der Amtshauptmannschaft anzubringen sind. O.Ju. 4

Die Amtshauptmannschaft Schwarzenberg, am 22. Februar 1932.

Mit Zustimmung der Kreishauptmannschaft wird der Kommunikationsweg Schönheide (vom Waldrande ab) - Carolagrün - Zeichentanne für den gesamten Kraftfahrtverkehr gesperrt, jedoch zur An- und Abfahrt mit Kraftfahrzeugen bis 5,5 t Gesamtgewicht nach und von den Heilstätten Carolagrün, Albertsberg und Reiboldsgrün auf eigene Gefahr der Fahrer widerruflich freigegeben.

Die mit Beschluss vom 2. Juni 1930 verfügte Sperrung des Kommunikationsweges Zeichentanne - Carolagrün für den Durchgangsverkehr mit Kraftfahrzeugen aller Art wird aufgehoben.

Die Amtshauptmannschaft Schwarzenberg, 19. Februar 1932.

Die amtlichen Bekanntmachungen sämtlicher Behörden können in den Geschäftsstellen des „Erzgebirgischen Volksfreundes“ in Aue, Schneeberg, Lößnig und Schwarzenberg eingesehen werden.

Das im Grundbuche für Aue Blatt 744 auf den Namen des Möbelhändlers Konrad Bleber in Aue eingetragene Grundstück soll am

Sonnabend, dem 9. April 1932, vermittags 10 Uhr an der Gerichtsstelle im Wege der Zwangsaufstreibung versteigert werden.

Der Versteigerungstermin vom 27. Februar 1932 ist aufgehoben worden.

Das Grundstück ist nach dem Flurbuch 8,3 Ar groß und nach dem Verkehrswert auf 30.000 RM geschätzt. Die Brandversicherungssumme beträgt 53.750 RM; sie entspricht dem Friedensbaupreis vom Jahre 1914 (§ 1 des Ges. v. 18. 3. 1921, GBi. S. 72). Das Grundstück liegt in Aue an der Ernst-Dieter-Straße Nr. 35 und Ecke Bettiner Platz (Nr. 536 des Flurbuchs, 159 Abt. B der Ortsliste). Es ist bebaut mit einem viergeschossigen Wohnhaus. Die Friedensmieten betragen zusammen 3700 M. Bei der Schätzung ist berücksichtigt, daß das Grundstück mit mehreren Dienstbarkeiten zugunsten des Nachbargrundstücks (angebauter Neubau) belastet ist.

Die Einsicht der Mitteilungen des Grundbuchamts und der übrigen das Grundstück betreffenden Nachweisen, insbesondere der Schätzungen, ist jedem gestattet (Zimmer 46).

Rechte auf Versteigerung aus dem Grundstück sind, soweit sie zur Zeit der Eingetragung des am 5. November 1931 verlobten Versteigerungsvermerks aus dem Grundbuche nicht erschlichen waren, spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden

und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen. Die Rechte sind sonst bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht zu berücksichtigen und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachzusehen.

Wer ein der Versteigerung entgegenstehendes Recht hat, muß vor der Erstellung des Auktionsbogens die Aufhebung oder die einschlägige Einstellung des Verfahrens herbeiführen, wobei ebenfalls für das Recht der Versteigerungserlöses an die Stelle des versteigerten Gegenstandes tritt.

Amtesgericht Aue, am 23. Februar 1932.

In das Güterrechtsregister ist heute eingetragen worden, daß die Verwaltung und Nutznutzung des Denkmals Heinrich Johannes Prohl in Radiburg-Oberohema an dem Vermögen seiner Ehefrau Johanne Elisabeth Prohl geb. Nagel, daselbst, durch Vertrag vom 16. Februar 1932 ausgeschlossen werden ist.

Amtesgericht Schneeberg, den 23. Februar 1932.

Staatsrealgymnasium zu Schneeberg.

Die feierliche Entlassung der Abiturienten findet am Sonnabend, dem 27. Februar 1932, vor 10 Uhr im Festsaal der Schule statt. Die Behörden, die Eltern und sonstige Angehörige, die ehemaligen Schüler, sowie alle Freunde der Schule sind dazu herzlich eingeladen.

Schneeberg, 24. Februar 1932.

Sie der Mann von gestern sind und daß der Mann von morgen erst kommt. (Beifall bei den Nazis.)

Im Innern verschärften sich die Gegenseite mehr und mehr. Die politischen Fronten marschierten in erbittertem Kampf gegeneinander auf, und die Gefahr eines latenten Bürgerkrieges wächst von Tag zu Tag mehr. Der Reichskanzler hat bei seinem Amtsantritt erklärt, erst die Finanzen kontrolliert und dann die großen außenpolitischen Fragen in Angriff nehmen zu wollen. Diese These war von vornherein ein Fehlschlag. Sie verwischte Ursache und Wirkung. Die Finanzen sind in Unordnung, weil sie ewig durch eine Tributpolitik bedroht wurden, die sich vor der ganzen Welt als undurchführbar erwiesen hat. Es ist ein Irrtum, zu glauben, man könne eine aktive Außenpolitik betreiben, ohne ein geschlossenes, einiges und einsatzbereites Volk hinter sich zu haben. (Beifall b. d. Nazis.)

In der Außenpolitik hat die Reichsregierung eine katastrophale Niederlage nach der anderen in ungewohntem Ausmaß erlitten.

Es bestand im September 1930 die Möglichkeit, eine nationale Regierung zu bilden. Diese Möglichkeit hat die Regierung Brüning unterbunden. Die Nationalsozialisten haben das Recht, von der Regierung Rechenschaft zu verlangen über das, was sie versprach und was sie geleistet hat.

Dem Reichspräsidenten von Hindenburg, dessen Possibilität in sieben Jahren den Fortbestand des Systems ermöglicht hat, wollte der Reichskanzler Dr. Brüning die Amtszeit mit unsatzer Hilfe verlängern. Wir, die wir immer als Staatsbürger zweiter Klasse behandelt worden sind, sollten nun auf einmal gut genug sein, diesem System aus der Freiheit zu helfen. Das Lohnen wir ab. Wenn Reichspräsident von Hindenburg unsre Hilfe für seine Wiederwahl im Anspruch nehmen will, dann muß er sich gefallen lassen, daß wir die von ihm verantwortete Politik überprüfen. Wir haben vor sieben Jahren Hindenburg gewählt, weil er der Sache des nationalen Deutschlands dienen wollte. Er hat das Gegenteil getan. (Unruhe, Rufe: „Ungehört!“ aus der Deutschen Volkspartei.)

Den Aufruf des sogenannten Sahmauschusses (Vorher rechts) hat auch der Industrielle Bosch unterschrieben, der im April 1925 in der „Frankfurter Zeitung“ schrieb, die Aufführung Hindenburgs hätte ihn wie ein Schlag vor den Kopf getroffen; er könne sich nicht helfen, das sei ein Verbrechen an unserem Volke. (Beif. Hör. Hör. Rufe b. d. NS.)

Das ist die demokratische Hinsicht, die wir aus Deutschland mit Stumpf und Stiel entfernen müssen. (Beifall.) Der Sahmauschuss stellt in der Tat einen Ausschuh dar. (Beifall b. d. NS.) Nicht die nationalsozialistische Bewegung hat Hindenburg im Stich gelassen, nein, Hindenburg hat sich einseitig auf die Seite der Witte und der Kirche gestellt. (Beif. Rufe b. d. Volkspartei: „Das ist nona unerhört!“) Mit einer Wahl wird jetzt die Berliner Asphaltresse und die Partei der Deserteure.

Diese Worte, die der Redner mit einer Handbewegung zu den Sozialdemokraten begleitet, rufen stürmische Lärmwellen hervor. Die Nationalsozialisten klatschen minutenlang Beifall und rufen Heil. Von den Sozialdemokraten kommen stürmische Protestrufe: „Dieser Kriegsdrücker will Kriegsteilnehmer beschimpfen!“

Präsident Löbe fragt den Redner, ob er tatsächlich die Sozialdemokratische Partei, in der sich viele Kriegsteilnehmer und Kriegsverletzte befinden, als Partei der Deserteure bezeichnete. Abg. Dr. Goebbels antwortet darauf nicht und lehnt dann — während der laute Streit zwischen Sozialdemokraten und Nationalsozialisten sich fortsetzt — die Aufnahme seiner Bemerkung ab. Darauf erwidert ihm Präsident Löbe unter wohrer Lärm des Hauses einen Ordnungsruf

Radau im Reichstag.

Der hilflose Genosse-Präsident.

Genosse Paul Löbe, der 1930 mit Hilfe einer damals noch an den demokratischen Abhängen glaubenden bürgerlichen Neulingspartei auf dem Präsidentenstuhl des Reichstags gehoben worden ist, wird von seinen Leuten immer als ein Genie in der Zeitung von Versammlungen gepriesen. Nicht gerade mit Recht, das zeigte sich wieder in der gestrigen Reichstagsitzung, der ersten nach 4½ Monaten. Der Herr hat während dieser Zwangspause — schließlich wird einem doch die Zeit lang, auch wenn man in der reichseigenen Prunkvilla am Platz der Republik sitzt — mächtig für die Eisernen Front agitiert. Scheinbar hat bei der Tätigkeit als Vorsitzender seine Fähigkeit als Präsident besonders gelitten. Sonst hätte es nicht vorkommen können, daß er gestern den brandenden Wogen im Reichstag völlig hilflos gegenüberstehen, sich von seinen eigenen Genossen auf dem Kopf rumtrommeln ließ und sich schließlich zum Dolmetscher eines Beschlusses des Weltkongresses machte, der an Rabauistik seinesgleichen sucht.

Was war geschehen? Der Redner der NSDAP hatte die SPD, die Partei der Deserteure genannt. Nach dem bisherigen Verhalten der Obergenossen konnte kein Mensch annehmen, daß sie sich dadurch beleidigt fühlen könnten, denn tatsächlich haben sie doch z. B. auf die Matrosen vom November 1918 mit Stolz gebliebt (es führen heute noch auf den Bänken der SPD im Reichstag Leute, die sich rühmen, die Front verlassen zu haben), ebenso sehen viele von ihnen die Kriegsdienstverweigerung als Ehrensache an. Auch der Genosse Löbe fand nichts dabei, als Dr. Goebbels deutlich wurde, denn er griff zunächst überhaupt nicht, und dann, als sich ein gewachsener Sturm der Entrüstung auf den Bänken seiner Parteifreunde erhob, nur zögernd und milde ein. Nunmehr meinte die erregte SPD-Seite gegen den Präsidenten aus eigenem Fleisch und Blut. Der Sturm schwoll an, als Dr. Goebbels auf die amtliche sozialistische Denkschrift hinwies, in der Landesrat als Ehrensohn hingestellt wurde. Der Genosse Löbe fand auch dies schiefbar ganz in der Ordnung und pönte sogar einige der Hauptankläger der SPD-Männer mit Ordnungsrufen. Schließlich wußte sich der große und berühmte Präsident nicht mehr gegen seine eigenen Leute zu helfen, unterbrach die Sitzung und rief den Weltkongress zu Hilfe.

Obwohl die Mehrheit dieses Instituts der SPD, freundlicher gesinnt ist als der NSDAP, mußten die Genossen die Blamage erleben, daß von ihr der Ordnungsruf als „ausreichende Sühne“ für die Bezeichnung „Partei der Deserteure“ angesehen wurde. Um aber Dr. Goebbels am Weiterreden zu verhindern — man mußte ja damit rechnen, daß er noch allersorten Freundschaften für die Linke bereit hatte — konstruierte dieser Rat einen Grund zum Ausschluß des nationalsozialistischen Führers, der ungefähr den Gipfel von — (hier fehlt tatsächlich das entsprechende notverordnungsgemäße Wort) darstellt. Aus der „Beleidigung“ der SPD wird eine Beleidigung Hindenburgs gedreht. Und der Genosse Löbe sagt: Hitler mit der Ungehörigkeit aus Deutschland gegen will? ●

Ein stürmischer Anfang.

Goebels ausgeschlossen.

Berlin, 23. Febr. Der Reichstag trat heute nach viermonatiger Pause zusammen, um den Termin der Reichspräsidentenwahl zu bestimmen. An einer Begründung des Wahlterminvorschlags durch den Reichsinnenminister Groener schloß sich eine politische Aussprache.

Abg. Dr. Goebbels (Nazis) erklärt, die nationalsozialistische Bewegung habe diese Gelegenheit herbeigesehnt, um Abrechnung mit dem Kabinett Brüning und den von ihm vertretenen Politik zu halten. Der große Wendepunkt der deutschen Geschichte sei der 14. September 1930, an dem sich aus den versunkenen bürgerlichen Parteien die große nationalsozialistische Massenpartei zum Sieg erhoben habe. Reichskanzler Dr. Brüning habe das Wesen dieses geschichtlichen Ereignisses verfälscht, wenn er sagte, an der Machterteilung habe sich dadurch nichts geändert. Die Entscheidung darüber, ob die Regierung ihre Macht an die Opposition abzugeben hat, steht im demokratisch-parlamentarischen Regime allein dem Volke zu. (Lachen, Rufen und Rufe: Sie als Oralshüter der Demokratie!)

Die Rücksicht, die die Regierung nicht nur in der inneren Wirtschaft und Finanzpolitik, sondern auch in der Außenpolitik erlitten hat, haben das Volk zu einer immer stärkeren Opposition gegen diese Regierung gebracht.

Abg. Dr. Goebbels protestiert in seinen weiteren Ausführungen gegen die Notverordnungspolitik und vor allem gegen die Verbote nationalsozialistischer Zeitungen. Dr. Brüning habe erzählen müssen, daß man mit dem Artikel 48 alles machen könne, nur kein Geld. Gegen nationalsozialistische habe man ganz ungerechtfertigte Nebenverbote erlassen. Nationalsozialistische Anhänger seien in großer Zahl ermordet worden, ohne daß die Täter ermittelt und bestraft würden. (Hört, hört! rechts.) Ungefahrene werde zu Nord und Ostflügel gegen die Nationalsozialisten gehext. Der Berliner Polizeipräsident habe es gewagt, von dem Führer der größten deutschen Volksbewegung zu sagen, es sei nicht zu verstehen, warum Adolf Hitler noch nicht mit den Hundertsachen aus Deutschland hinausgelangt werden sei. (Minutenlang anhaltende laute Entrüstungslädenungen bei den Nationalso.) Warum verschließt die Welt die Revolutionskonferenz und die übrigen internationalen Entscheidungen immer wieder? Weil Sie, Herr Reichskanzler, der Welt keine Aktivlegitimation für Deutschland mehr bieten. (Beifall bei den Nazis.) Weil man mit Ihnen, Herr Reichskanzler, keine Verträge mehr machen will, weil man im Ausland weiß, daß

Produkt der Mischigkeit auch noch verklinden und seinen Abhängenschild über den Reichspräsidenten halten — berseßte Mann, der gerade acht Tage vorher gegen die „abgeleiteten Offiziere“ (ohne Einschränkung!) öffentlich ausfällig geworden war.

Um übrigens fragt man sich so nebenbei, ob die Entlastung der Leute gerechtfertigt ist, in deren Parteipresse der Führer der größten deutschen Partei täglich als Deserteur und als von der französischen Rüstungsindustrie bestochenes Subjekt hingestellt wird. Man fragt sich auch, ob Herr Löbe sich nicht ein wenig seines Genossen Erzessens schämt, der Adolf Hitler mit der Ungehörigkeit aus Deutschland gegen will? ●